

Stefan Bach, Michael Opielka

Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben

Bericht und Auswertung des Workshops
am 9. Juni 2022

AUF EINEN BLICK

- Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik sind bisher eher disparate Politikfelder, die angesichts der großen Herausforderungen der mehrdimensionalen Nachhaltigkeitsziele systematischer verbunden werden sollten.
- Der von DIW, ISÖ und DIFIS konzipierte Workshop *Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben* beschrieb dieses Spannungsfeld politikorientiert.
- Vorgestellt und diskutiert wurde eine Reihe von konkreten Politikfeldern und Konzepten: Klimageld, Bürgergeld, Energiearmut, Gesundheit, Familienpolitik, Mobilität, Wohnungspolitik, öffentliche Kommunikation.
- Die Erfahrungen zeigen, dass Multi-Stakeholder-Vernetzung und Inter-/Transdisziplinarität bei Wissenschaft, Politik und Verbänden in diesen Politikfeldern gestärkt werden sollten.

BERICHT ÜBER DEN WORKSHOP ZUM THEMA KLIMA-/UMWELT- UND SOZIALPOLITIK IN DER NEUEN LEGISLATURPERIODE – PROBLEME UND AUFGABEN

Lange Zeit waren Klimapolitik (bzw. Umweltpolitik im Allgemeinen) und Sozialpolitik zwei eher disparate Politikfelder mit unterschiedlichen Bezugsgrößen, Konfliktlagen, Akteuren und Wissenschaftsdisziplinen. Der von DIW, ISÖ und DIFIS konzipierte Workshop *Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben* beschrieb dieses Spannungsfeld zwischen Versäulung und Entsäulung von Klima- und Sozialpolitik politikorientiert mit dem Fokus auf die aktuelle Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Der Workshop diskutierte eine Reihe von konkreten Politikfeldern und Konzepten im Detail, die in den Arbeitsgruppen- und Plenarberichten aufgeführt sind: Klimageld, Bürgergeld, Energiearmut, Gesundheit, Familienpolitik, Mobilität, Wohnungspolitik, öffentliche Kommunikation. Darüber hinaus zeigten die Erfahrungen, dass Multi-Stakeholder-Vernetzung und Inter-/Transdisziplinarität bei Wissenschaft, Politik und Verbänden gestärkt werden sollten.

REPORT ON THE WORKSHOP ON CLIMATE/ ENVIRONMENTAL AND SOCIAL POLICY IN THE NEW LEGISLATION PERIOD – PROBLEMS AND TASKS

For a long time, climate policy (or environmental policy in general) and social policy were two rather disparate policy fields with different reference values, conflict situations, actors and scientific disciplines. The workshop *Climate/Environmental and Social Policy in the New Legislative Period – Problems and Tasks* conceived by DIW, ISÖ and DIFIS described this area of tension between pillaring and de-pillaring of climate and social policy in a policy-oriented manner with a focus on the current legislative period of the German Bundestag. The workshop discussed a number of concrete policy fields and concepts in detail, which are listed in the working group and plenary reports: Climate money, citizen money, energy poverty, health, family policy, mobility, housing policy, public communication. In addition, the experiences showed that multi-stakeholder networking and inter/transdisciplinarity should be strengthened in science, politics, and associations.

Inhalt

1	Inhaltliche Ziele des Workshops	4
2	Organisation und Zeitplanung	6
3	Programm Workshop 9.6.2022	7
4	Input ISÖ und DIW.....	8
4.1.	Vortrag Michael Opielka (ISÖ): Verbindung von Sozial- und Klimapolitik	8
4.2.	Vortrag Stefan Bach / Peter Haan (DIW): Verteilungswirkungen der Klimapolitik	12
5	Inhalte der Arbeitsgruppen und Abschlussplenum	15
6	Wissenschaftliche Folgerungen	24
	Literatur	25

1 Inhaltliche Ziele des Workshops

Lange Zeit waren Klimapolitik (bzw. Umweltpolitik im Allgemeinen) und Sozialpolitik zwei eher disparate Politikfelder mit unterschiedlichen Bezugsgrößen, Konfliktlagen, Akteuren und Wissenschaftsdisziplinen. Weder die im sogenannten Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie und Soziales) postulierte soziale Dimension der Nachhaltigkeit noch die unter der Signatur der Sozial-ökologischen Forschung firmierenden Ansätze änderten diese Distanz. In den Nachhaltigkeitsberichten und verwandten Dokumenten kommen soziale Verwerfungen vor, jedoch zumeist in Form eines primär passiven Nachteilsausgleichs und nicht als aktive Sozialpolitik.¹ In den Sozialberichten und sozialpolitischen Diskursen wird zwar bisweilen auf Wachstumsrisiken verwiesen, die Klimapolitik hat dabei bisher keine relevante Referenz als mögliche Herausforderung und Reformmotor.

Dabei gab es dazu schon vor Jahrzehnten vielfältige Anknüpfungspunkte, beispielsweise im Zuge der intensiven Diskussion der Ökologischen Steuerreform in den 1990er Jahren und ihrer Umsetzung 1999 bis 2003. Tatsächlich wurden die Mehreinnahmen aus der Energie- und Stromsteuer weitgehend und werden heute vollständig für die Aufstockung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung verwendet. Dies führt bis heute zu einer spürbaren Senkung des Rentenbeitrags und einem höheren Rentenniveau, ohne dass dies in der öffentlichen Wahrnehmung präsent wäre (Bach et al. 2019 und DIW 2019).

Das weitgehende Nicht-Verhältnis änderte sich im Zuge der immer dringlicher werdenden Klimakrise. Seit der ‚Agenda 2030‘ der Vereinten Nationen im Anschluss an den Pariser Klimagipfel 2015 werden in den ‚Sustainable Development Goals‘ (SDG) systematisch beide Politikfelder zusammengeführt. Es entstehen erste politische² und wissenschaftliche³ Netzwerke, die sich dem Verhältnis von Sozial- und Klimapolitik widmen. Im Koalitionsvertrag der ‚Ampel-Koalition‘ wird dieses Verhältnis nur im Abschnitt „Sozial gerechte Energiepreise“ (SPD et al. 2021, S. 62–63) explizit thematisiert und ein „Klimageld“ als „sozialer Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus“ in Aussicht gestellt.⁴

Die Versäulung von Klimapolitik und Sozialpolitik korrespondiert mit politisch uneindeutigen Befunden und Diskursen in der Wissenschaft. So wird in Politikwissenschaften, Zeitgeschichte und Ökonomie diskutiert, dass die Klima-/Umweltpolitik links- wie vor allem rechtspopulistische Bewegungen über strukturelle Verteilungskonflikte („Gelbwesten“) und kulturelle Identitätskonflikte („Veggie-Day“) mobilisiert. Eher linke Autor*innen wie Thomas Piketty votieren daher für eine Verschärfung der versäulenden Separierung von Klimapolitik und Sozialpolitik (Heuser 2022), da sie eine Negativspirale beider Politikfelder befürchten. Demgegenüber halten eher liberale Autor*innen wie Armin Falk in der Tradition prominenter Ökologen („Die Preise müssen die Wahrheit sagen“, E. F. v. Weizsäcker) eine weitere Entgrenzung beider Politikfelder für ratsam und können dafür durchaus robuste experimentelle Daten zu Normen, Präferenzen und Werten anführen (Andre et al. 2021). In der umweltökonomischen Debatte werden zumeist Instrumente der Preissteuerung durch Abgaben oder Zertifikate gegenüber Instrumenten der Investitionslenkung und -regulierung

¹ Diese fehlenden sozialpolitischen Bezüge kennzeichnet auch eine breit angelegte Studie zur sozialökologischen Transformation im Auftrag des BMU: Bach et al. 2020.

² Ansatzweise: <https://www.klima-allianz.de/> oder <https://www.nationale-armutskonferenz.de/2019/09/20/nationale-armutskonferenz-fordert-sozial-gerechten-klimaschutz/>.

Zugegriffen: 10. Februar 2023.

³ <https://www.researchgate.net/project/International-Research-Policy-Network-on-Sustainable-Welfare>.

Zugegriffen: 10. Februar 2023.

⁴ Eine Vielzahl von Studien hat sich in den vergangenen Jahren der sozialen Verteilungseffekte der Energiewende angenommen, zuletzt beispielsweise die Studie *Verteilungswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels* von FÖS und Öko-Institut im Auftrag des BMAS im Sommer 2021 (Beermann et al. 2021). Wie bei praktisch allen derartigen Studien werden zwar Verteilungseffekte analysiert, sozialpolitische Reformvorschläge fehlen jedoch.

favorisiert, zumindest als Basisinstrumente werden sie nahezu einhellig empfohlen. Im potentiell aufscheinenden ‚Kulturkampf‘ um die Klimapolitik müssen diese unterschiedlichen steuerungstheoretischen Herangehensweisen bedacht werden. Vor allem die Anonymität der marktbezogenen Preissteuerung wird bei zumindest kurzfristig eingeschränkten Anpassungsmöglichkeiten schnell als Bedrohung der angestammten Wirtschafts- und Lebensformen wahrgenommen. Sie bedarf einer stärkeren und auch öffentlich wahrnehmbaren staatlichen sozialpolitischen Begleitung. Nicht zu unterschätzen ist, dass die Transformation von Energiewirtschaft, weiteren Teilen der Industrie und anderer Branchen sowie der damit verbundene Strukturwandel auch sozialpolitische (und regionalpolitische) Handlungsbedarfe markiert, jedenfalls Ängste in vielen Branchen auslöst und die Gewerkschaften bewegt.

Der Workshop sollte dieses Spannungsfeld zwischen Versäulung und Entsäulung von Klima- und Sozialpolitik politikorientiert mit dem Fokus auf die aktuelle Legislaturperiode des Deutschen Bundestags vermessen und Lösungen diskutieren. Folgende Fragen sollten dabei verfolgt werden:

- Wie kann der in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte auftretende Gegensatz zwischen ‚grünem Wachstum‘ und ‚Postwachstum‘ produktiv diskutiert werden?
- Gibt es jenseits der Pro-Kopf-Rückerstattung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung oder einer Verwendung zur Senkung der EEG-Umlage andere wesentliche Instrumente der Verknüpfung von Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik?
- Aus welchen exekutiven und administrativen Kontexten der Bundespolitik und ggf. der Länderpolitiken liegen erfolgreiche wie kritische Erfahrungen zur Schnittstelle Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik vor?
- Bestehen solche Erfahrungen (auch) in der Kooperation von nachgeordneten Behörden und Forschungseinrichtungen?
- Inwieweit kann die (beschleunigte) Digitalisierung solche Schnittstellen auf der Ebene von Empirie, Entscheidung und Evaluation optimieren?

Diese Fragen legten nahe, die thematischen Schwerpunktsetzungen des Workshops nicht zu eng zu fassen, um neuere und neueste Entwicklungen der Ver- oder Entsäulung beider Politikfelder nicht zu übersehen. In Bezug auf die Einladung von Personen und Institutionen wurde entsprechend eine agile, offene Teilnehmep Praxis gefördert. Wichtig erschien dabei, dass in allen Themenfeldern auf eine gute Dreifachbesetzung aus Exekutive/Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft geachtet wird.

Das Workshop-Konzept wurde durch das ISÖ – Institut für Sozialökologie in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) entwickelt. Für diese Kooperation konnte auf mehrere Kooperationserfahrungen, zuletzt im *Zukunftslabor Schleswig-Holstein*⁵, sowie auf zahlreiche Vorarbeiten zurückgegriffen werden.⁶ Der Workshop wurde durch den Auftraggeber, das Deutsche Institut für Sozialpolitikforschung (DIFIS), in Kooperation mit ISÖ und DIW durchgeführt. Die organisatorische Federführung lag im DIFIS. Im Anschluss an die Veranstaltung verfassten ISÖ und DIW die vorliegende DIFIS-Studie, die die Workshop-Ergebnisse aufbereitet und daraus sich ergebende offene Fragestellungen ableitet.

Im Folgenden werden Informationen über den inter- und transdisziplinären Hintergrund, das Programm des Workshops sowie die beiden einführenden Vorträge dokumentiert. Darauf folgt ein umfangreicher Bericht aus den acht Workshops und zur zusammenfassenden Plenardiskussion. Die Studie schließt mit Überlegungen zu Folgerungen und Empfehlungen.

⁵ <https://www.isoe.org/projekte/laufende-projekte/zukunftslabor-schleswig-holstein-wissenschaftliche-koordination/>. Zugegriffen: 10. Februar 2023.

⁶ Siehe die Studie des ISÖ für das IASS Potsdam zu Sozialer Nachhaltigkeit (Opielka 2017) und hierzu auch das 2017 mit dem IASS veranstaltete Symposium (Opielka und Renn 2017).

2 Organisation und Zeitplanung

Das DIFIS hat sich für eine Online-Durchführung des Workshops entschieden. Der Workshop wurde mit einem Umfang von sechs Stunden (9.00 Uhr bis 15.00 Uhr) am **9. Juni 2022** durchgeführt. Das Teilnahme-Management, die technische und organisatorische Durchführung, die Bewerbung des Workshops vorab sowie die Kommunikation mit den Speaker*innen und Teilnehmenden erfolgte durch das DIFIS. Durch das Online-Format bestand keine Einschränkung der Anzahl der Teilnehmenden. Livestream und Aufzeichnung sowie Bearbeitung, Schnitt und Veröffentlichung der Videos erfolgten im Nachgang zur Veranstaltung durch das DIFIS.⁷

Zur Vorbereitung des Workshops wurden die Teilnehmenden mit Ausschreibung und Anmeldung aufgefordert, **vor** dem Workshop in einem standardisierten Worksheet (Formular) oder in freier Form (Poster) Initiativen vorzustellen, die ihre Institution bzw. ihr Verband zum Workshop-Thema derzeit oder künftig durchführt. Hierzu zählen sowohl interne Initiativen (z. B. die Etablierung eines Nachhaltigkeitsreferats in einer sozialpolitischen Institution oder einer Wohlfahrtsstaats-Einheit in einem Naturschutzverband) wie die aktive Mitwirkung an Netzwerken, die sich der Verbindung von Klima- und Sozialpolitik widmen. Diese Vorbereitungsmaterialien wurden in einer virtuellen, für alle Workshop-Teilnehmenden zugänglichen Online-Postersession präsentiert.⁸

Das Workshop-Programm wurde als agiler Entwurf verstanden, der durch die Veranstalter*innen bewusst offen für weitere Vorschläge gehalten wurde, beispielsweise für weitere oder alternative Arbeitsgruppen in der Arbeitsgruppenphase, und wird im folgenden Abschnitt vorgestellt.

⁷ Die Videos der Fachvorträge ebenso wie die Powerpoint-Folien sind auf dem [Youtube-Kanal des DIFIS](#) bzw. der [DIFIS-Website](#) verfügbar.

⁸ Die Poster sind [auf der DIFIS-Website](#) verfügbar.

3 Programm Workshop 9.6.2022

Programm des Workshops
09. Juni 2022 (digital)

Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben

Donnerstag, 9. Juni 2022 – 9:00 bis 15:00 Uhr - digital

09:00-10:15 **Eröffnung und Kick-off**

Input BMAS | **Ulrike Hegewald**, Referatsleiterin Forschung und Innovation
Input DIFIS | **Dr. Nicole Vetter**, aktuelle Entwicklungen am DIFIS
Input ISÖ | **Prof. Dr. Michael Opielka**, Verbindung von Sozial- und Klimapolitik
Input DIW | **Dr. Stefan Bach/Prof. Peter Haan**, Verteilungswirkungen Klimapolitik
gemeinsame Diskussion Moderation DIFIS | **Prof. Frank Nullmeier**

10:30- 12:00 **Arbeitsgruppen I (parallel)**, Input aus den Perspektiven von Wissenschaft – Politik – Verbänden (Sozial/Umwelt)

1. Klimageld, *In dieser AG soll das im Koalitionsvertrag angekündigte «Klimageld» sozialpolitisch eingeordnet werden.*
Moderation: Dr. Nicole Vetter | DIFIS

Dr. Stefan Bach | DIW, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Abteilung Staat
Daniel Eggstein | Klima-Allianz, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit
Sandra Köster | BMWK, Leiterin Referat KA4 Sozial gerechte Klimaschutzpolitik, Klimaschutz und Akzeptanz

2. Energiearmut und Prekarität, *In dieser AG werden Programme zur Unterstützung von Haushalten mit niedrigem Einkommen und prekären Lebensverhältnissen diskutiert.*
Moderation: Dr. Anna Hokema | DIFIS

Margret Böwe | VDK, Referentin Abteilung Sozialpolitik
Katharina Erbdinger | BMAS, Referat Armuts- und Reichumsfragen, soziale Dienstleistungen und Pflege

3. Klima und Gesundheit, *In dieser AG sollen Policies der Beziehung von Klimapolitik und Gesundheitspolitik diskutiert werden, Resilienz, Food Politics usf.*
Moderation: Dr. Achim Schmidt | DIFIS

Dorothea Baltruks | Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit KLUG, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Dr. med. Hannah Richter | Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung PIK, Senior Scientist
Dr. Ute Winkler | BMG, Referatsleiterin Umweltbezogener Gesundheitsschutz, Klima und Gesundheit

4. Familienpolitik und Klimaschutz, *In dieser AG sollen die klimapolitische Dimension von Gender, Care-Work und sozialen Dienstleistungen zum Thema werden.*
Moderation: Carolin Abd El-Aziz | DIFIS

Gotelind Alber | Gender CC woman for climatic justice, Mitglied des Vorstands
Joachim Rock | Der Paritätischer Gesamtverband, Abteilungsleiter Arbeit, Soziales und Europa
Dr. Arn Sauer | Bundesstiftung Gleichstellung, Direktor

12:00-13:00 **Mittagspause und digitale Postersession**

Donnerstag, 9. Juni 2022 – 9:00 bis 15:00 Uhr - digital

13:00-14:30 **Arbeitsgruppen II (parallel)**, Input aus den Perspektiven von Wissenschaft – Politik – Verbänden (Sozial/Umwelt),

5. Umverteilung durch Klimapolitik und öffentliche Kommunikation, *In dieser AG sollen Strategien zu den normativen und emotionalen Vorbehalten gegenüber einer ambitionierten Klimapolitik diskutiert werden.*
Moderation: Dr. Nicole Vetter | DIFIS

Dr. Sandra Bohmann | DIW, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel
Dr. Viola Gerlach | Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Malte Harrendorf | Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE, Bereichsleiter Energiewende und Sektorenkopplung

6. Wohnungspolitik und Klimaschutz: Sozialer Wohnungsbau, Eigentumsförderung, Wohngeld, *In dieser AG sollen die Herausforderungen der energetischen Gebäudesanierung und der Wohnungspolitik auch als Problem der Verteilungspolitik durch Transfers und Eigentumsförderung diskutiert werden.*
Moderation: Dr. Anna Hokema | DIFIS

Prof. Claudia Kemfert | DIW, Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt
Frederik Moch | Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilungsleiter Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

7. Bürgergeld und Klimaschutz, *Die geplante Reform zu einem Bürgergeld soll als ordnungs- und sozialpolitisches Problem diskutiert werden.*
Moderation: Dr. Achim Schmidt | DIFIS

Dr. Birgit Fix | Deutscher Caritasverband e.V., Referentin Armuts- und Arbeitsmarktfragen
Prof. Michael Opielka | ISÖ, Geschäftsführer

8. (Elektro-)Mobilität und Sozialpolitik, *In dieser AG sollen die Verteilungseffekte insbesondere der Förderung der Elektromobilität in sozial- und technologiepolitischer Perspektive diskutiert werden.*
Moderation: Carolin Abd El-Aziz | DIFIS

Dominik Fette | Verkehrsclub Deutschland e.V., Sprecher für klima- und sozialverträgliche Mobilität
Johannes Schmitz | Nationale Leitstelle c/o NOW GmbH, Stabsstelle Politische Koordination
Dr. Aleksandar Zaklan | DIW, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt

14:30-15:00 **Zusammenfassung und Auftrag**
Moderation DIFIS, Prof. Frank Nullmeier

15:00 **Optional informeller Austausch**
(Fortsetzung der digitalen Postersession)

4 Input ISÖ und DIW

4.1. VORTRAG MICHAEL OPIELKA (ISÖ): VERBINDUNG VON SOZIAL- UND KLIMAPOLITIK

Der bisher selbst der Fachöffentlichkeit eher unbekannteren Verbindung von Sozial- und Klimapolitik⁹ möchte Michael Opielka in seinem Vortrag mit drei Fragen auf die Spur kommen:

- a) Inwieweit verstärken sich **Exklusion** durch soziale Ungleichheit und **Klimakrise**?
- b) Warum ist für beide Politikfelder **Internalisierung** zugleich Programm und Problem?
- c) Wohin führen **Interdisziplinarität und Transformation**?

Das Ziel der Überlegungen ist die Praxis der Politik, ein Diskurs über die Frage, wie die Ampelkoalition in ihrer Legislaturperiode mit gewaltigen Herausforderungen aus beiden Politikfeldern umgeht, ohne nur reaktiv zu operieren (Bach und Opielka 2022).

Exklusion durch soziale Ungleichheit und Klimakrise

Institutionalisierte Sozialpolitik begann in den 1840er, spätestens den 1880er Jahren mit der politisch-normativen Reflexion auf soziale Ungleichheit und der auf Erfahrung und Reflexion folgenden politischen Aktion.¹⁰ Etwa 100 Jahre später wiederholte sich dies für das Feld der Institutionalisierung der Umweltpolitik: Reflexion und Aktion (Opielka 2017, 2022). Beiden Politikfeldern ist gemeinsam, dass in ihrem Zentrum eine **Kritik der Externalisierung** steht. Für die Sozialpolitik bedeutet dies, dass der kapitalistische Produktionsprozess seine sozialen Folgekosten nach Möglichkeit auf Dritte auslagert, die sich nicht wehren können, vorzugsweise auf schlecht Organisierte: Behinderte, Migrierte, Frauen und überhaupt Arme, zudem auf künftige Generationen und den globalen Süden. In der Umweltpolitik tauchen diese sogenannten prekären Gruppen als unfreiwillige Empfänger*innen der ökologischen Folgekosten ebenfalls auf, hier kommt als weiterer Lastenträger die Natur selbst dazu, Ozonloch, Artensterben, Biodiversität und aktuell besonders drängend die Klimakrise.

Für das Feld der sozialen Ungleichheit und Exklusion durch Kapitalismus und sozialen Wandel verfügen wir über gewaltige Datenbestände, für Deutschland ist der *Datenreport* einschlägig, den das Statistische Bundesamt mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und anderen Partnern verantwortet, der Untertitel lautet in der aktuellen Ausgabe von 2021 *Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (Destatis et al. 2021). Eine politisch drängendere Variante liefert der *Sozialatlas 2022* der Heinrich-Böll-Stiftung (Heinrich-Böll-Stiftung 2022). Obwohl zumindest der Datenreport ein Teilkapitel zu *Umwelt* enthält, die grüne Böll-Stiftung verzichtet darauf erstaunlicherweise, ist die Datenlage für soziale Exklusion durch die Klimakrise deutlich dürftiger. So bedauert Katharina Bohnenberger in einem Überblicksbeitrag zur „Klimasozialpolitik“ für das DIFIS die „vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit, die aus sozialpolitischer Perspektive auf die sozialen Auswirkungen der Klimakrise“ in Deutschland gelegt wird (Bohnenberger 2022, S. 10). Immerhin würden zumindest die sozialen Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen erforscht, allerdings „vor allem Preis- und Marktösungen“, zudem herrsche „ein recht enges Verständnis von Verteilungs- und Teilhabefragen in quantifizierbaren, monetären Größen vor“ (Bohnenberger 2022, S. 8). Das Austrian Panel on Climate Change (APCC)¹¹, eine beeindruckende Initiative

⁹ Überarbeitete Fassung des Einführungsvortrags zum Workshop *Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben*, Deutsches Institut für interdisziplinäre Sozialpolitikforschung – DIFIS/ISÖ – Institut für Sozialökologie/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW, 9. Juni 2022. Der Text erschien redaktionell überarbeitet in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge – NDV*, Heft 10/2022.

¹⁰ Opielka 2008 mit weiteren Nachweisen.

¹¹ <https://ccca.ac.at/wissenstransfer/apcc>. Zugegriffen: 10. Februar 2023.

unter anderem der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Anlehnung an das IPCC, erarbeitet derzeit den *Special Report 22* „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“¹², an dem Michael Opielka gutachterlich für die Bereiche Ungleichheit und Sozialstaat mitwirken konnte. Das IPCC resümiert eine Literaturlage mit ähnlichem Ergebnis. Interessant ist dabei zweierlei: zum einen die Konzentration auf die Gebiete Mobilität und Wohnen, die zusammen zwar 57 % der Emissionen ausmachen, immerhin 43 % fallen damit jedoch mit ihrer Ungleichheitswirkung aus dem Radar (Essletzbichler et al. 2022, Kap. 17.3). Zum anderen fällt auf, dass trotz der ökonomischen Fokussierung auf Einkommens- und Vermögenseffekte das Problem des ‚Rebound-Effekt‘ kaum reflektiert wird. Dabei könnte an zahlreichen Beispielen gezeigt werden, dass Energie- oder Emissionseinsparungen durch Mehrverbräuche konterkariert werden, und zwar vor allem in der Mittel- und Oberschicht, denn dort kann viel mehr in Status- und Freizeitkonsum investiert werden, weil die Mittel vorhanden sind für mehr Wohnraum, weitere Reisen, schwerere SUVs.

Exklusion durch soziale Ungleichheit und Klimakrise beinhaltet, dass der sogenannte ökologische Fußabdruck der sozialen Unterschicht signifikant unter dem Fußabdruck der Mittel- und vor allem der Oberschicht liegt. Oxfam und Greenpeace haben neben anderen Studien vorgelegt, wonach global mehr als die Hälfte der Treibhausgase zwischen 1990 und 2015 den reichsten 10 % der Haushalte, dem reichsten 1 % immerhin 15 % der Emissionen, der ärmeren Hälfte der Bevölkerung jedoch nur 7 % zugerechnet werden können (Nabernegg 2021, S. 50). In einem weniger ungleichen Land wie Deutschland ist diese Spreizung geringer. Wie das Beispiel der ‚Gelbwesten‘ zeigte, können Gefühle von Neid und Abgehängtsein durch rechts- wie linkspopulistische Agitation auch und spektakulär bei denen mobilisiert werden, die gesamtgesellschaftlich betrachtet eher unschuldig sind. Da Nachhaltigkeit nicht nur Emissionsminderung, sondern auch den Kampf gegen die abnehmende Biodiversität erfordert, werden Umsteuerungen der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik nötig, die ebenfalls als Gleichheitsproblem gedeutet werden können, wie das Recht auf ein tägliches Schnitzel oder die Thüringer Wurst. Etwas weniger anschaulich könnte man zusammenfassen: Exklusion durch Externalisierung von Folgekosten scheint die düstere Signatur unserer Zeit zu sein und fordert Sozial- wie Klimapolitik heraus.

Internalisierung als Programm und Problem

Wenn Externalisierung der Anlass für Sozial- wie Klimapolitik ist, dann ist **Internalisierung** das Programm zur Lösung. Aus der weit mehr als hundertjährigen Geschichte der Sozialpolitik wissen wir allerdings, dass es kein eindeutiges Programm dafür gibt. Der Sozialpolitikforscher Gøsta Esping-Andersen hat für die Deutung dieser Programme die Unterscheidung in drei Typen der Wohlfahrtsregime vorgeschlagen: liberal, sozialdemokratisch und konservativ. Opielka ergänzte diese Typologie aus soziologischer Sicht um das garantistische, menschenrechtsbasierte Regime als vierten Typus (Opielka 2008, 2022, 2023). Die Ampelkoalition als liberaler, sozialdemokratischer und – wenn man so will – garantistischer Welfare-Mix in einem konservativen, also korporatistischen und statusorientierten Wohlfahrtsregime – denn das ist Deutschland nach wie vor in großen Teilen – muss damit alle vier Himmelsrichtungen der Sozialpolitik integrieren. Auf dem Feld der Umwelt- und Klimapolitik existieren erst zaghafte Regime-Überlegungen, was es nicht erleichtert, die diversen Programme der Internalisierung zu sortieren und zu verstehen (Zimmermann und Graziano 2020).

Die bereits erwähnte Forscherin Katharina Bohnenberger hat die Bemühungen zur Rekombination von Sozial- und Umweltpolitik anhand der Literatur nachgezeichnet, in Deutschland beginnend 1985 mit dem Buch *Die öko-soziale Frage* (Opielka 1985; Bohnenberger 2022). Inspiriert vom österreichischen Sammelband *Klimasoziale Politik* (Die

¹² <https://sr22.ccca.ac.at/>. Zugegriffen: 10. Februar 2023.

Armutskonferenz et al. 2021) hat sie den Begriff ‚Klimasozialpolitik‘ für dieses große Programm der Internalisierung vorgeschlagen. Ich selbst habe zuletzt den Begriff ‚Soziale Nachhaltigkeit‘ favorisiert (Opielka 2017, 2023), man wird sehen, was bleibt. Dass eine ökosozialistische Utopie, wie sie die österreichischen Autor*innen und deutsche Sozialwissenschaftler wie Klaus Dörre (2022) beschwingt, gesamtgesellschaftlich konsensfähig ist, mag man bezweifeln. Die Idee der Sozialen Nachhaltigkeit setzt in explizitem Bezug auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der United Nations (Sustainable Development Goals, SDG, der UN) eher auf einen Öko-Welfare-Mix.

Freilich liegt hier auch das Problem, das ein Bündnis zukunftsöffener Sozialpolitik- und Klimaforschender lösen muss: Wie genau kann eine so ausdifferenzierte moderne Gesellschaft im Mehr-Ebenen-System – bis hin zur Europäischen Union (EU) und UN – gesteuert werden? Die Steuerungs-Idee der UN und auch der EU im ‚Green Deal‘ ist Benchmarking und Best Practice, also keine Zentral-, sondern Dezentralsteuerung durch sorgsames Monitoring via Datenerhebung und evaluative Diskurse in ganz verschiedenen Formaten, die Regierungen, intergouvernementale Institutionen (z. B. World Health Organization, International Labour Organization, UN Environment Programme) und NGOs zusammenbringen. Sozialpolitisch einschlägige Probleme sind zwei: das Verhältnis von Geld- und Sachleistungen bzw. Infrastrukturen und das Verhältnis von Marktsteuerung zu Staats- und Gemeinschaftssteuerung.

Beide Probleme kumulieren im Ampel-Koalitionsprogramm Klimageld bzw. Energiegeld oder Klimaprämie, also einer universellen Pro-Kopf-Rückerstattung möglichst der gesamten CO₂-Steuern, zumindest der von den Haushalten direkt aufgebrachten (Stede und Bach et al. 2020; Färber und Wieland 2022). So befürchten einige Autor*innen kontrafaktisch, dass ein Klimageld regressiv wirkt und damit externalisiert, nicht internalisiert.¹³ Sofern dies datengestützt als Irrtum eingesehen wird, bezweifelt man die Marktsteuerung durch ein solches Abgabensystem und will den Staat als aktiven Akteur für Infrastrukturen stärken. Ähnlich sieht es auf dem Feld des Wohnens aus, das als sozialpolitisch unterbeleuchtet gilt, klimapolitisch freilich als hoch relevant. Der Kompromiss zwischen Wirtschafts- und Klimaministerium, Bau- und Justizministerium vom April 2022 über die Verteilung der Mehrkosten der CO₂-Besteuerung zwischen Mietenden und Vermietenden – nämlich als abhängige Variable der Energieeffizienz des jeweiligen Gebäudes – zeigt, wozu Vernunft in unserem Spannungsfeld fähig ist (BMWSB 2022).

Interdisziplinarität und Transformation

In den ersten beiden Fragenrunden – nach Externalisierung und Exklusion und nach Internalisierung und ihren Problemen – werden doch schon einige Verbindungslinien zwischen Sozial- und Klimapolitik deutlich geworden sein. Ich möchte die Frage nach dem Wohin dieser Verbindung unter zwei Gesichtspunkten abschließen, nämlich Interdisziplinarität und Transformation.

Den ersten Punkt, die Interdisziplinarität, möchte ich nur kurz diskutieren. Gemeint ist nämlich nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Interdisziplinarität, eine Kooperation zwischen Politikfeldern. Für Parlamentarier*innen oder Leitungsstäbe von Staatskanzleien oder Bundeskanzleramt ist Letzteres vertraut. Für Fachpolitiker*innen allerdings nicht immer, für Verbände noch weniger. Eine Verbindung von Klima- und Sozialpolitik erfordert freilich neue Akteurskonstellationen aus beiden Politikfeldern, auf allen politischen Ebenen. Daher ist die durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) geförderte Gründung des DIFIS außerordentlich zu begrüßen. Das DIFIS soll beide Dimensionen der Interdisziplinarität nutzen und gestalten und damit ihrem Gegenteil entgegenwirken, einem gemütlichen Beharren auf Versäulung und Partikularismus.

¹³ So erstaunlicherweise die APCC-Autor*innen: Essletzbichler et al. 2022; Schneider et al. 2022.

Die zweite Zukunftsaufgabe, die Transformation Deutschlands in Richtung Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit, findet im Koalitionsvertrag der Ampel durchaus Niederschlag, zumal wenn man die Landesregierungen einbezieht, die sich ebenfalls Nachhaltigkeit und etwas Soziales auf die Fahnen schreiben. Das Problem ist das Etwas. Ich möchte es für beide Politikfelder zumindest andiskutieren. Die übergreifende Signatur dabei lautet, nicht erst, aber auch motiviert durch den Ukraine-Überfall: *Resilienz*. Klima- und Sozialpolitik müssen resilient gestaltet und das heißt in unserer Terminologie, auf Internalisierung abgestellt werden.

Für die Klimapolitik bedeutet Resilienz eine ‚Great Transformation‘, wie sie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung in Erinnerung an Karl Polanyi postulierte (WBGU 2011). Einerseits müssen Institutionen nachhaltig umgebaut werden, was durch starke Lobbyisten bekämpft wird. In Demokratien setzt dieser Umbau Legitimität voraus. Klimapolitik wird damit auch zur Lebensweisenpolitik, zur Politik kultureller Praktiken, vom Wenigerfleischkonsum zum achtsamen Reisen. Nachhaltigkeit als Identitätspolitik ökologischer Besserwisserei, als Propaganda von Postgrowth oder gar Degrowth, evoziert jedoch Gegenidentitätspolitik, spaltet die Gesellschaft und verhindert Resilienz. Andererseits drängt die Zeit. Die Erde erhitzt sich, viel zu viel an Artenvielfalt geht verloren. Womöglich erweist sich in diesem, wie es die Politikwissenschaft nennt, ‚wicked problem‘ die Sozialpolitik nicht als Problem, sondern als Lösung. Wicked problems sind Probleme mit vielen voneinander abhängigen Faktoren, die eine Lösung unmöglich erscheinen lassen. Da die Faktoren oft unvollständig, beweglich und schwer zu definieren sind, erfordert die Lösung der wicked problems ein tiefes Verständnis der beteiligten Akteure und einen innovativen Ansatz. Ein solch innovativer Ansatz ist vielleicht eine garantistische Sozialpolitik. Garantismus bedeutet, dass Sozialpolitik ordentliche Minima garantiert, nicht jedoch die Beibehaltung des Lebensstandards in erwerbslosen Phasen. Zentrale Instrumente einer garantistischen Sozialpolitik sind, die Schweiz ist hier durchaus vorbildlich, Bürgerversicherungen sowie rationale Formen von Bürgergeld und Grundeinkommen, die sowohl Menschen in prekären Lebenslagen zugutekommen, als Teilhabegeld, wie Interessierten am lebenslangen Lernen, als BAföG für alle (Opielka und Strengmann-Kuhn 2022). Eine garantistische Sozialpolitik reduziert die Erwerbsarbeits- und Statuszentrierung des deutschen Bismarck’schen Sozialstaats. Sie wird ein Klimageld als eine Art partielles Grundeinkommen in das Bürgergeld integrieren, solange es noch relevante Emissionen gibt. Danach wird das Klimageld mit den CO₂-Steuern überflüssig. Eine garantistische Sozialpolitik passt zur Klimapolitik, weil sie vom Status absieht und auf das allgemein Menschliche hinsieht.

Ob eine Transformation in die hier beschriebene Richtung in Deutschland möglich ist, mögen viele bezweifeln, wir sollten das Gegenteil tun. Wenn die Bevölkerung gefragt wird, dann bejaht sie seit Jahrzehnten alle Grundelemente einer garantistischen Sozialpolitik. Aber die Eliten bremsen, und auch die Profiteure des erwerbszentrierten Systems – besserverdienende und zumeist männliche Arbeitnehmende ohne Brüche in den Erwerbsbiographien oder Familienphasen und Teilzeitarbeit – sehen ihre Privilegien schwinden. Doch alle werden gewinnen, wenn unsere Welt lebenswert wird und bleibt. Große Erzählungen oder Narrative werden in jüngster Zeit für die Zukunftsgestaltung wiederentdeckt. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Robert J. Shiller spricht von einer ‚Narrativen Wirtschaft‘ (Shiller 2020), und vermutlich gilt das für die ganze Gesellschaft. Wir können nur wollen, was wir kennen. Timur Kuran und Cass R. Sunstein haben schon vor mehr als zwei Jahrzehnten auf die ‚availability cascades‘ hingewiesen, Kaskaden der Zugänglichkeit, die wesentlich über die Risikoregulation moderner, medial vermittelter Gesellschaften entscheiden (Kuran und Sunstein 1999). Das macht eine Transformation zu Sozialer Nachhaltigkeit nicht einfach, aber einfacher, wenn man weiß, dass und wie sie gehen kann.

4.2. VORTRAG STEFAN BACH / PETER HAAN (DIW): VERTEILUNGSWIRKUNGEN DER KLIMAPOLITIK

In ihrem Input geben Stefan Bach und Peter Haan einen Überblick zum Forschungsprojekt *Klimapolitik und sozialer Ausgleich: Verteilungswirkungen und Lenkungseffekte von koordinierter Klima- und Sozialpolitik*, das vom Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) gefördert wird.

Empirische Evaluation von klima- und sozialpolitischen Instrumenten

Ziel dieses Forschungsprojektes ist die empirische Evaluation von klima- und sozialpolitischen Instrumenten, die bis 2045 Klimaneutralität erreichen sollen und zugleich sozialpolitisch verträglich umgesetzt oder begleitet werden. Im Fokus stehen dabei empirische Analysen, mit denen die Verteilungs- und Lenkungswirkungen und deren Wechselwirkungen von unterschiedlichen Instrumenten evaluiert werden.

Dabei sollen zunächst relevante klima- und sozialpolitische Instrumente zusammenhängend identifiziert und im Rahmen von Workshops mit verschiedenen Vertreter*innen der Klima- und Sozialpolitik abgestimmt werden. Ähnlich wie bei den Diskussionen zur ‚Ökologischen Steuerreform‘ in den 1990er und 2000er Jahren ist es sinnvoll, die Klimapolitik mit anstehenden sozialpolitischen Reformen zu verbinden. Ferner führt der stärkere Einsatz von Preisinstrumenten der Klimapolitik (Abgaben, Emissionsrechte) zu fiskalischen Einnahmen, die zur Kompensation von besonders betroffenen Gruppen eingesetzt werden können. Dies kann mit weitergehenden sozialpolitischen Reformen verbunden werden. Ein Beispiel ist die Einführung einer Klimaprämie für alle Haushalte zur Kompensation der Belastungswirkungen der CO₂-Bepreisung, die auch für weitere sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen verwendet werden kann (siehe unten).

In dem Projekt werden Mikrosimulationsmodelle entwickelt, die auf Basis von Haushaltserhebungen den Konsum inklusive Energieverbrauch und weiteren klimarelevanten Aktivitäten, die Einkommen der Haushalte sowie alle relevanten Aspekte des Steuer- und Transfersystems abbilden. Damit können die unmittelbaren Verteilungswirkungen und sonstige sozio-ökonomische Wirkungen der Klima- und Sozialpolitik für relevante Gruppen ausgewertet werden. Anpassungsreaktionen bei privaten Haushalten und Unternehmen werden dabei zunächst vernachlässigt.

In einem nächsten Schritt sollen die Lenkungswirkungen von klimapolitischen Instrumenten sowie die Beschäftigungseffekte der sozialpolitischen Maßnahmen untersucht und quantifiziert werden. Für diese Analysen werden strukturelle Modelle geschätzt, die es erlauben, Veränderungen des Konsum- und Arbeitsangebotsverhaltens von Haushalten durch Reformen des Steuer- und Transfersystems zu simulieren. Die Modelle erlauben es, detaillierte Gütergruppen zu identifizieren, so dass auch die Auswirkungen von spezifischen Konsumsteuern untersucht werden können, wie etwa einer Fleischsteuer. Eine weitere inhaltliche Dimension, die für die politische Diskussion und für die interdisziplinäre Sozialpolitikforschung von großer Bedeutung ist, betrifft die unterschiedlichen Auswirkungen der Klima- und Sozialpolitik auf Männer und Frauen.

Ferner werden Lenkungswirkungen ausgewählter bestehender klima- und sozialpolitischer Maßnahmen kausal evaluiert, dabei wird auch der Forschungsstand aus anderen Studien einbezogen. Beispielsweise wird die Wirksamkeit von Kaufprämien für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen einen wichtigen Beitrag zur Literatur sowie zur wirtschaftspolitischen Debatte leisten. Bisher existiert kaum kausale Evidenz über die Wirksamkeit bestehender Förderprogramme für Elektromobilität, insbesondere unter Betrachtung heterogener Effekte. Als eine eng verwandte Vorarbeit in der bestehenden Literatur untersuchen Muehlegger und Rapson (2018) die Effektivität von Kaufprämien von Elektrofahrzeugen für benachteiligte Haushalte im U.S.-Bundesstaat Kalifornien. Darüber

hinaus gibt es einzelne Arbeiten zu verwandten Fragestellungen in Norwegen (Springel 2021) und Deutschland (Remmy 2020).

Eine andere relevante Erweiterung für die politische Diskussion ist, dass im Projekt nicht nur Veränderungen im Konsumverhalten geschätzt werden, sondern auch Anreizeffekte von Reformen und potentielle Arbeitsmarkteffekte der sozialpolitischen Maßnahmen. In der Vergangenheit wurden diese Effekte meist ignoriert. Im Hinblick auf das Forschungsprojekt sind diese Effekte jedoch besonders relevant, da inhaltlich die Sozial- und Steuerpolitik in Verbindung mit Klimapolitik im Fokus stehen und nicht nur Ökonom*innen die Anreizeffekte des Steuer- und Transfersystems stark betonen.

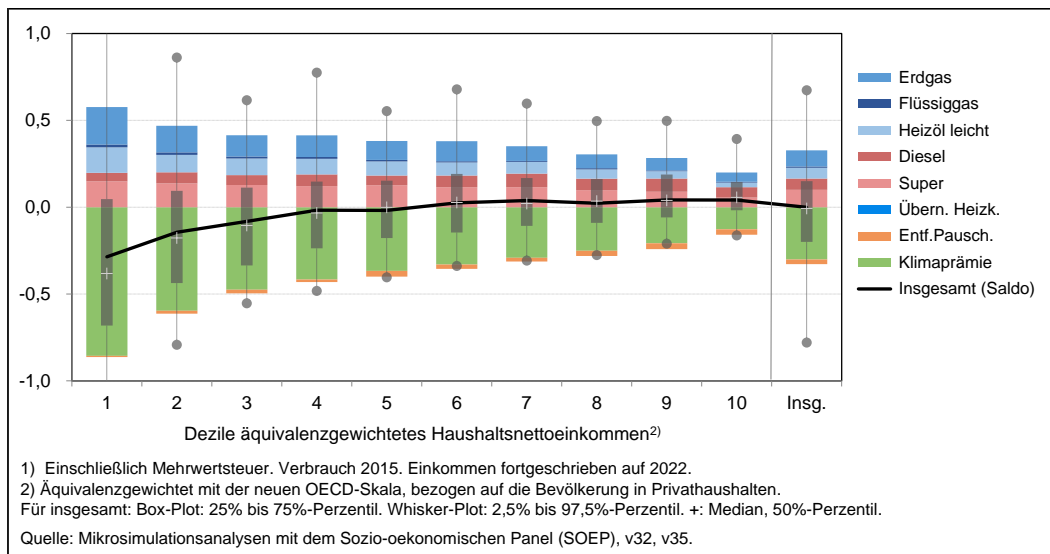
Das Projektteam berücksichtigt die interdisziplinäre Dimension des Forschungsvorhabens. Insbesondere ist die Zusammenarbeit zwischen Expert*innen der Energie- und Klimaökonomie, der Energiesystemmodellierung und der Sozialpolitikforschung mit einem starken Fokus auf Verteilungsanalysen und Gender-Ökonomie wichtig. Die geschätzten Lenkungswirkungen sollen anschließend in das Mikrosimulationsmodell integriert werden, so dass Verteilungswirkungen und fiskalische Effekte unter Berücksichtigung von Verhaltenseffekten belastbar abgebildet werden können. Abschließend sollen die Ergebnisse bewertet und erneut mit einer Runde von Expert*innen diskutiert werden. Dabei ist es das Ziel, konkrete Handlungsempfehlungen für eine integrierte Klima- und Sozialpolitik abzuleiten.

Verteilungswirkungen von CO₂-Bepreisung und Klimaprämie

Die Vortragenden geben anschließend einen ersten Überblick zu Ergebnissen statischer Verteilungsanalysen (ohne Verhaltensanpassungen) zu aktuellen klimapolitischen Herausforderungen sowie den hohen Energiepreisen. Dargestellt werden die Verteilungswirkungen der CO₂-Bepreisung im Rahmen des nationalen Emissionshandels für Wärme und Verkehr im Jahr 2022, die einen CO₂-Preis von 30 Euro je Tonne vorsieht. Der absolute Energieverbrauch der privaten Haushalte für Verkehr und Wärme beziehungsweise die damit verbundenen CO₂-Emissionen nehmen zwar mit steigendem Einkommen zu, aber deutlich weniger als das Haushaltseinkommen. Relativ zum Haushaltsnettoeinkommen sinken somit die Belastungen, da die Ausgaben für Energie bei Geringverdienenden einen deutlich höheren Anteil am Haushaltsbudget ausmachen. Daher wirkt die CO₂-Bepreisung regressiv auf die Einkommensverteilung – geringverdienende Haushalte werden relativ zum Einkommen stärker belastet als höherverdienende Haushalte. Dies gilt vor allem für Heizenergie oder Strom. Die Belastungen bei Kraftstoffen und vor allem beim Diesel betreffen stärker die Haushalte mit höherem Einkommen, insbesondere Pendler*innen mit längeren Arbeitswegen.

Die Einführung einer Klimaprämie von einheitlich 70 Euro je Person (einschließlich Kindern) führt insgesamt zu einer aufkommensneutralen Entlastung der privaten Haushalte. Sie übersteigt bei geringverdienenden Haushalten die Belastungen durch die CO₂-Bepreisung, bei höherverdienenden Haushalten ist es umgekehrt. Dadurch wirkt die Reform insgesamt progressiv auf die Einkommensverteilung, die ärmere Bevölkerung wird per Saldo entlastet. Ferner ist die Erhöhung der Pendlerpauschale bei der Einkommensteuer berücksichtigt, die die mittleren und höheren Einkommen relativ stärker entlastet, aber nur ein geringes Gewicht hat. Allerdings gibt es große individuelle Unterschiede beim Energieverbrauch, vor allem bei den Heizkosten. Dazu werden in den Box-Whisker-Plots die Streuungen der Gesamtwirkung nach den Einkommensgruppen dargestellt. Hohe Belastungen am oberen Rand der Verteilung deuten auf Härtefälle hin, die gegebenenfalls besondere Hilfen zur Anpassung an höhere Energiepreise benötigen.

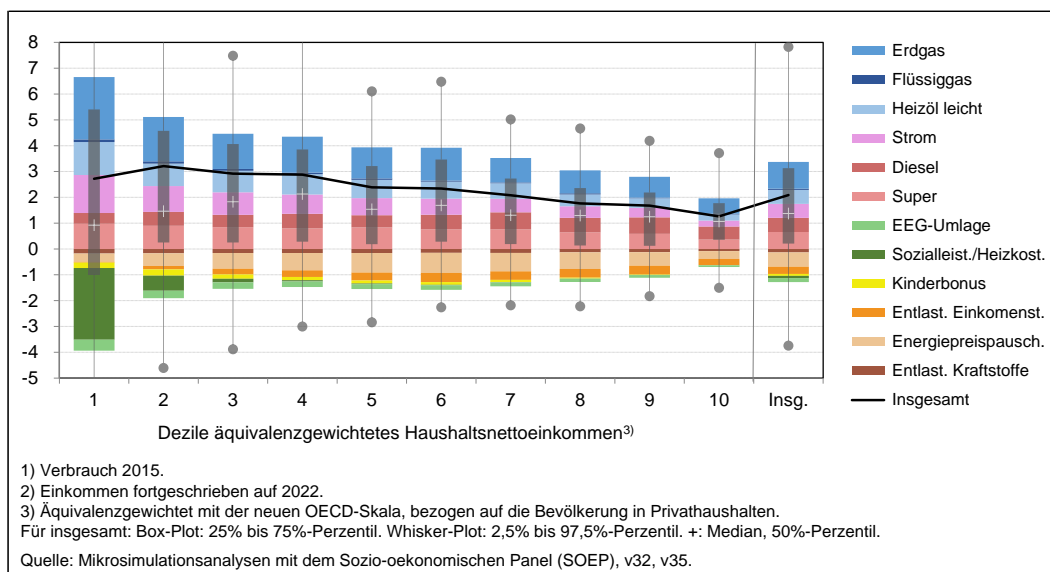
Abbildung 1: Belastungen der privaten Haushalte durch den nationalen Emissionshandel (nEHS) 2022, Entlastungen durch Erhöhung Entfernungspauschale und Klimaprämie von 70 Euro¹ in Prozent des Haushaltsnettoeinkommens²



Energiepreiskrise und Entlastungspakete

In einer weiteren Analyse werden die derzeit hohen Energiepreise einschließlich der mittelfristig zu erwartenden Erhöhungen bei Energiekosten der privaten Haushalte dargestellt (Bach und Knautz 2022). Im Vergleich zum nationalen Emissionshandel ergeben sich ungleich höhere Belastungen. Die CO₂-Bepreisung macht an diesen Belastungen nur knapp zehn Prozent aus. Im Durchschnitt über alle Haushalte bedeuten die hohen Energiepreise mittelfristig Realeinkommensverluste von 3,4 Prozent des Nettoeinkommens (Abbildung 2).

Abbildung 2: Belastungen und Entlastungen der privaten Haushalte durch die hohen Energiepreise¹ und die Entlastungspakete² in Prozent des Haushaltsnettoeinkommens³



Wie auch bei der CO₂-Bepreisung sind die Belastungswirkungen ungleich über die Einkommensdezile verteilt und wirken regressiv. Im untersten Dezil machen die Energiepreissteigerungen durchschnittlich 6,7 Prozent des Nettoeinkommens aus und bei den mittleren Einkommen rund vier Prozent. Die Haushalte im obersten Einkommensdezil

müssen dagegen im Durchschnitt nur knapp zwei Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens mehr für Energie aufwenden.

Die Entlastungspakete des Frühjahrs 2022 wirken diesen Belastungen nur teilweise entgegen. Insgesamt machen die Entlastungspakete rund 1,3 Prozent des Nettoeinkommens aus, also nur ein Drittel der Belastungen. Durch das hohe Gewicht der Sozialleistungen einschließlich des Heizkostenzuschusses wird das untere Dezil um 3,7 Prozent entlastet, was den hohen Belastungen entgegenwirkt. Allerdings spielen diese Leistungsausweitungen ab dem vierten Dezil keine Rolle mehr. In den Mittelschichten bewegen sich die Entlastungen bei rund 1,5 Prozent des Nettoeinkommens, im zehnten Dezil sinken sie auf 0,7 Prozent.

Nimmt man die Belastungen durch die hohen Energiepreise und die Entlastungspakete zusammen, ergeben sich für das gesamte Jahr 2022 im Durchschnitt aller Haushalte per Saldo Belastungen in Höhe von 2,1 Prozent. Diese sind insgesamt deutlich regressiv verteilt. Während im untersten Dezil die Entlastungen bei der Grundsicherung relativ stark zu Buche schlagen, werden das zweite bis vierte Einkommensdezil mit gut drei Prozent belastet. Anders als Besserverdienende haben diese Haushalte meist nur geringe Spielräume beim Einkommen oder liquide Vermögen, mit denen sie die Mehrkosten auffangen können. Insoweit entsteht hier weiterer Entlastungsbedarf vor allem bei den unteren und mittleren Einkommen jenseits der Grundsicherung. In den oberen Einkommensgruppen sinken die Nettobelastungen auf deutlich unter zwei Prozent, im obersten Dezil auf 1,3 Prozent.

5 Inhalte der Arbeitsgruppen und Abschlussplenum

Im Folgenden werden die Fachvorträge der Referent*innen sowie die sich anschließenden Diskussionen in den jeweiligen Arbeitsgruppen (vgl. Abschnitt 3) zusammenfassend dargelegt, ebenso wie das sich anschließende Abschlussplenum.

AG 1 Klimageld

Diese Arbeitsgruppe behandelte das Klimageld als neue Sozialleistung zur Kompensation der privaten Haushalte für Belastungen der Umwelt- und Klimapolitik. Stefan Bach vom DIW erinnert an die Diskussionen und die Umsetzung der Ökologischen Steuerreform in den 1990er Jahren, als erstmals auf breiter Basis eine Verbindung von Umwelt-/Klimapolitik, Sozialpolitik und Finanzpolitik gelang. Allerdings waren die Senkung der Rentenbeiträge sowie die Erhöhung der Renten wenig sichtbar, anders als bei einer expliziten Direktzahlung. Bei der Ausgestaltung des Klimagelds stellt sich die Frage, ob dieses einheitlich je Person oder differenziert nach Haushaltsgröße oder Kindern gezahlt werden soll. Ferner stellt sich die Frage der Anrechnung auf die Grundsicherung. Mikrosimulationsanalysen zeigen, dass es innerhalb der Einkommensgruppen eine große Heterogenität der Belastungen gibt, so dass über die allgemeine Kompensation durch das Klimageld gezielte Hilfen oder Förderprogramme für besonders belastete Härtefälle erforderlich werden. Zu erwägen wäre ferner eine Einkommensprüfung des Klimagelds, mit der die Entlastungen bei höheren Einkommen abgeschmolzen werden.

Daniel Eggstein von der Klima-Allianz Deutschland schlägt eine schneller steigende CO₂-Bepreisung in Kombination mit einem Klimageld in Form einer Pro-Kopf-Rückverteilung vor. Die Klima-Allianz Deutschland ist ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Hilfswerken, Jugendverbänden, Kirchen und Umweltverbänden. Es setzt sich aktiv für eine Verbindung von Umwelt- und Sozialpolitik ein. Die Form einer Pro-Kopf-Rückverteilung entlastet einkommensschwache Haushalte stärker, erhält die Anreize zur Vermeidung von Emissionen und ist sichtbar. Für das Klimageld sollen verschiedene Auszahlungsoptionen geprüft werden, es sollte möglichst monatlich ausgezahlt

werden, geringe Verwaltungskosten auslösen und mit dem Datenschutz vereinbar sein. Insbesondere auf Basis der Steuer-ID können verschiedene Auszahlungswege effizient kombiniert werden.

Sandra Köster vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) skizziert die aktuelle Beschlusslage der Regierungskoalition. Das Klimageld ist grundsätzlich im Koalitionsvertrag vorgesehen. Im Rahmen des zweiten Entlastungspaketes ist ein Auszahlungsmechanismus über die Steuer-ID vereinbart worden. Sie betont den Aspekt der Akzeptanzsicherung des Klimagelds für eine ambitionierte Klimapolitik. Das Klimageld sei aber bisher nicht breit bekannt, häufig wird eher die Verwendung von Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung für Klimaschutzmaßnahmen befürwortet. Auch die Höhe des Klimagelds sei dafür relevant. In der Diskussion wurde vor allem thematisiert, dass das Klimageld keine bedarfsorientierte Sozialleistung ist, sondern an alle Einwohnenden gezahlt wird. Dies sei auch sinnvoll, da es als breite Kompensation die Akzeptanz für CO₂-Bepreisung und Klimapolitik erhöht. Zugleich wirkt das Klimageld deutlich progressiv in Relation zum Haushaltseinkommen, wirkt also der Regressionswirkung der CO₂-Bepreisung entgegen. Die Fokussierung auf die Bedarfsorientierung mache die Umwelt-/Klimapolitik zu wenig sichtbar.

Zugleich wurde aus Bedarfssicht problematisiert, dass einkommensschwache Haushalte zumeist nur wenige Möglichkeiten zur Vermeidung von Emissionen haben, selbst wenn sie entlastet werden. Dies betreffe vor allem Härtefälle mit hohem Energieverbrauch. Hier entsteht der Bedarf zu weiteren Hilfen. Ferner solle die Klimaprämie zeitnah ausgezahlt sowie nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Weiterhin wurden Zusammenhänge mit den aktuell hohen Energiepreisen thematisiert, dadurch sei die Rolle der CO₂-Bepreisung derzeit kaum sichtbar. Zugleich können die technischen Möglichkeiten des Klimagelds durch den direkten Zugang zu allen Haushalten auch für aktuelle Krisenkompensation genutzt werden. Eine sozialpolitische Kompensation der Inflation solle möglichst einkommensabhängig erfolgen. Hier sollte die Abgrenzung zum einheitlichen Pro-Kopf-Klimageld deutlich gemacht werden.

AG 2 Energiearmut und Prekarität

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Zusammenhänge von hohen Belastungen bei niedrigen Einkommen und prekären Lebensverhältnissen diskutiert. Katharina Erbdinger vom BMAS betonte in ihrem Input die Bedeutung des Energiebedarfs im Rahmen der Grundsicherung durch Übernahme der Kosten der Unterkunft sowie durch die Pauschalierung der Stromkosten beim Regelbedarf. Energiearmut habe bisher in Deutschland eher informatorische Bedeutung. In der aktuellen Legislatur würden Klimaschutz und Sozialpolitik stärker zusammengedacht, vor allem über den Ausgleich der höheren CO₂-Preise durch die Senkung der EEG-Umlage oder die geplante Einführung eines Klimageldes sowie die Wohngeldreformen. Ferner sind Programme zur energetischen Sanierung der Wohngebäude geplant, bei Mieter*innen spielt auch die Umlage von Sanierungskosten oder CO₂-Preisen eine Rolle. Hinzu kommen die hohen Belastungen durch die aktuelle Energiekrise und die Entlastungspakete der Bundesregierung.

Margret Böwe vom Sozialverband VdK Deutschland beleuchtete das Verhältnis von Energiearmut und Prekarität. Dieses betreffe über den Kreis der Betroffenen von Grundsicherung hinaus auch Ältere mit geringen Renten, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderung. Aus der Praxis gibt es viele Beispiele von Menschen, die für Heizung und Strom massiv sparen oder ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können und dadurch in existenzielle Notlagen geraten. Nach der 10-Prozent-Regel (Anteil der Energiekosten am Haushaltsnettoeinkommen) gelten 14 Prozent der Haushalte als chronisch energiearm, 289.000 waren 2019 von Stromsperrungen betroffen. Die hohen Energiepreissteigerungen verschärfen das Problem. Lösungen sind sowohl bei den Einkommensleistungen als auch

beim energetischen Zustand der Wohnung und Elektrogroßgeräten sowie Energiekosten zu suchen.

In der anschließenden Diskussion wurde das zu starke Framing der Energiearmut als monetäres Armutproblem kritisiert. Es gehe auch um die Verfügbarkeit von Ressourcen, also energieeffiziente Wohnungen und Haushaltsgeräte, Vermittlung von Informationen und Kompetenzen wie dem Stromsparcheck. Monetäre Transfers allein helfen hier nicht weiter. Betont wurde, dass besondere Bedarfslagen traditionell in der Sozialpolitik berücksichtigt wurden, dies sollte mit Blick auf besondere Problemlagen wieder gestärkt werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass es häufig Unterschiede bei der Anerkennung von Kosten der Unterkunft oder Pkws gebe, hier sollten im Rahmen der anstehenden Reformen Härten abgebaut werden. Ferner wurden das zu geringe Niveau und die Ermittlung des Regelbedarfs kritisiert, hohe Stromkosten sollten gegebenenfalls gesondert anerkannt werden.

Gegenüber Wissenschaft und Beratung wurde angeregt, die prekären Lebenslagen im Hinblick auf die Energiearmut besser zu erforschen: So gebe es eine schlechte Datenlage zur energetischen Situation von Haushalten und Haushaltsgeräten, fokussiert auf vulnerable Gruppen. Dabei sollten auch die Einstellungen und Erfahrungen der Menschen berücksichtigt werden, ferner auch Lebensweisen und habituelle Unterschiede der Milieus sowie Bildung und Kompetenzen. Projekte wie der Stromsparcheck seien ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Sozialverbänden, Energieagentur und öffentlichen Auftraggebern.

AG 3 Klima und Gesundheit

Diese Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Policies und Politics der Beziehung von Klimapolitik und Gesundheitspolitik. Hannah Richter vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung führte in das Thema aus der Perspektive Planetary Health ein, einem neueren Konzept globaler und systemischer Gesundheitspolitik. Die Überschreitung planetarer Grenzen und Kipppunkte des Ökosystems, einschließlich der Biodiversität, führt zunehmend zu Gesundheitsgefährdungen. Sie betonte eher allgemein die Forderungen verschiedener politischer Bündnisse, Umweltveränderungen und Gesundheit zusammenzudenken. Im zweiten Input diskutierte Dorothea Baltruks, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Centre for Planetary Health Policy (CPHP) der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG), konkrete Initiativen und Studien, die sich einerseits um Klimaresilienz und andererseits um Klimaneutralität des Gesundheitswesens bemühen. Die Anforderungen an Klimaresilienz veranschaulichte sie am Beispiel zunehmender Hitzewellen und des, auch aufgrund der Altersstruktur Deutschlands, hohen Anteils von Hitzetoten. Die deutschen Bemühungen um Klimaneutralität des Gesundheitswesens kontrastierte sie mit fokussierteren Initiativen vor allem in Großbritannien und dessen National Health Service (NHS). Ute Winkler, Referatsleiterin im Bundesgesundheitsministerium, brachte im Input ihre langjährige Erfahrung ein, die Beziehung von Gesundheitspolitik und Klima- bzw. Umweltschutz auf Regierungsebene zu organisieren. Sie betonte wie Hannah Richter die Gesundheitsrisiken in der Folge des Klimawandels. Im Weiteren zeichnete sie, auch anhand instruktiver Schaubilder, einerseits die Vernetzung und Kooperation verschiedener Akteure im Geschäftsbereich der Bundesregierung zum Themenfeld nach, insbesondere die verschiedenen Ministerien und nachgeordnete Forschungseinrichtungen wie das Robert-Koch- oder das Paul-Löffler-Institut. Andererseits konnte sie auch am Beispiel der internationalen Initiativen die Koordination zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, der teils mächtigen Stakeholder und Lobbyisten nachzeichnen, die eine an Prävention orientierte Gesundheitspolitik nicht immer erleichtern.

Die Diskussion richtete sich im ersten Schritt auf klimawandelbedingte Migration. Sie blieb insoweit recht allgemein, als einschlägige empirische Studien bisher nur aus den USA bekannt sind. Im weiteren Diskussionsverlauf wurden die Niederlande oder auch Großbritannien als Beispiele für eine stärker entwickelte Debatte zur Klimaneutralität des

Gesundheitswesens vorgestellt. Positiv wurde berichtet, dass der Deutsche Ärztetag 2021 die Klimapolitik als eines von drei Schwerpunktthemen behandelte. Diskutiert wurde weiterhin, ob das korporatistische, konservative deutsche Gesundheitswesen gegenüber den universalistischen Systemen wie in Großbritannien oder Dänemark auch auf dem Gebiet der Klimagesundheit Wettbewerbsnachteile aufweist. Für Deutschland wurden in der aktuellen Legislaturperiode einerseits die Verankerung eines umweltbezogenen Ansatzes im Präventionsgesetz und die Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes identifiziert. Soziale Schichtung und Exklusion im Feld der Gesundheit und deren Kompensation oder Verstärkung durch die Gesundheitspolitik im Klimawandel wurden zwar mehrfach genannt, aber nicht vertieft. Hier wurde ein Auftrag für künftige Forschungen gesehen.

AG 4 Familienpolitik und Klimaschutz

In dieser Arbeitsgruppe wurden die klimapolitischen Dimensionen von Gender, Care-Work und sozialen Dienstleistungen diskutiert. Godelind Alber vom GenderCC – Women for Climate Justice e. V. begann ihren Input mit einer Kritik an dem Thema der Arbeitsgruppe, das sie unter „Familialismusverdacht“ stellte, wobei sie beklagte, dass die Einführungsvorträge in dem Workshop dem Thema Gender nur auf Nachfrage Aufmerksamkeit widmeten. Sie betonte die lange Tradition der Thematisierung von Gender in Umweltforschung und -politik, beklagte jedoch ein Umsetzungsproblem in der Politik, auch die SDGs hätten hier nicht wesentlich geholfen. Überall sei „Genderblindheit“ zu sehen, die Perspektive vulnerabler Frauen fehle. Alber betonte die Notwendigkeit allgemeiner Gender-Regulierungen, auf eine Betrachtung der Familienpolitik der aktuellen Legislaturperiode verzichtete sie. Mit dem zweiten Input schloss Joachim Rock vom Paritätischen Gesamtverband an den Fokus von Alber an, betonte aber sogleich die sozialanwaltschaftliche Rolle der Wohlfahrtsverbände. In einer ersten These sah er eine Verwobenheit von ökologischer und sozialer Krise in einer „doppelten Krise der Reproduktion“ (Klaus Dörre) und eine Krise der Sorgearbeit aufgrund ihrer geschlechterungleichen Verteilung. Eine nachhaltige Care-Ökonomie erfordere eine Auseinandersetzung der verwobenen Ungleichheiten. In der zweiten These betonte er das Potential der Nachhaltigkeit bei sozialen Diensten und nannte Praxisbeispiele einer ökosozialen Transformation. Unverzichtbar für die Internalisierung sei die Existenz gemeinnütziger Strukturen und die Etablierung neuer Kooperationen über den Sozialbereich hinaus. Im dritten Input kritisierte Arn Sauer, Direktor der Bundesstiftung Gleichstellung, wie Alber das Thema der Arbeitsgruppe. Gesellschaft sei divers, Familie als Begriff veraltet. Bei den Inputgebern des Workshops sei das Genderthema abwesend gewesen. Der Inhalt seines Vortrages konzentrierte sich auf Gender Impact Assessment am Beispiel von Energiearmut und Folgenabschätzung. Energiearmut ist strukturell Armut von Frauen, wie eine einschlägige Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zeige. Die ökologischen Einsparpotentiale sozial Benachteiligter sind gering, so dass es vor allem auf Regulierung und Folgenabschätzung in der Ressortabstimmung neuer Vorhaben ankomme. Doch feministische Wissensbestände finden bisher keinen Eingang in diese Prozesse. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sei jedoch ein Lichtblick. Er betonte nochmals die von ihm koordinierte UBA-Studie, die sechs Genderdimensionen nutze, die in allen sozial- und klimapolitischen Debatten mitgedacht werden müssten. Diese Dimensionen seien die Versorgungsökonomie, Erwerbsarbeitsökonomie, die Sorgearbeit, öffentliche Zugänglichkeit, Definitions- und Gestaltungsmacht sowie Körper, Gesundheit und Privatsphäre. Familienpolitik wird für Sauer der Gleichstellungspolitik klar nachgeordnet.

Gefragt wurde in der Diskussion, ob und wie in der EU das Verhältnis von Klima und Familie sowie Gender vergleichend auch unter dem Gesichtspunkt der Wohlfahrtsregime behandelt wird. Kritisiert wurde zudem eine vereinfachte Konzeptualisierung von Ökonomie, die nicht nur aus neoklassischen Ansätzen bestehe. Diskutiert wurden eher allgemein Genderdimensionen von Mobilität, so fragte Alber, ob das 9-Euro-Ticket Familien wirklich

nutze, und beklagte, dass Elektroroller vor allem von jungen Männern genutzt werden und zugleich den öffentlichen Raum einengen. Rock machte darauf aufmerksam, dass Nachhaltigkeit mehr haushaltsnahe Komplexleistungen, beispielsweise durch Wohnungsträger, erfordere, was jedoch häufig durch steuerliche Regelungen (Konkurrenzverbote usw.) behindert werde.

AG 5 Umverteilung durch Klimapolitik und öffentliche Kommunikation

In dieser Arbeitsgruppe wurden Strategien zu den normativen und emotionalen Vorbehalten gegenüber einer ambitionierten Klimapolitik diskutiert. Im ersten Input präsentierte Dr. Sandra Bohmann vom DIW Befunde des SOEP zum Umweltbewusstsein der Deutschen, insbesondere zu den Umweltaffekten. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung verfügen über ein hohes und sehr hohes Klimabewusstsein. Auch die kognitive Verarbeitung der gesellschaftlichen Aufgaben des Klimaschutzes sei in vergleichbarem und noch höherem Umfang beobachtbar. Im zweiten Schritt diskutierte sie die öffentliche Kommunikation von Umverteilungsmaßnahmen wie CO₂-Bepreisung und verschiedener Mittelverwendungsmechanismen. Die Bevölkerung bevorzugt Förderprogramme, die den CO₂-Ausstoß verringern, wobei die Mittelverwendung strittig bis unklar ist. So stimmen 55 % der Verwendung für Förderprogramme zu, nur 15 % einer Rückzahlung an die Bürger*innen durch ein, freilich derzeit noch ungewohntes, Klimageld. Bohmann diskutierte das Kommunikationsdesign am Beispiel des Klimageldes mit Bezug auf verhaltenspsychologische Befunde (Mental Accounting, Nudging). Die Sichtbarkeit einer Zahlung ist stark abhängig vom Auszahlungskanal, höhere Sichtbarkeit führt eher zu höherer Akzeptanz. Bohmann verglich dabei Maßnahmen in der Schweiz und Kanada. Auch Auszahlungshäufigkeit und Zahlungszeitpunkt seien wesentlich für Wahrnehmung und Akzeptanz. Im zweiten Input präsentierte Malte Harrendorf von der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE explizit die Perspektive der Arbeitnehmer*innen. Diese sei bisher im Workshop zu kurz gekommen, da auf die Perspektive der Bürger*innen fokussiert wurde. Er erinnerte an die Arbeit der Kohlekommission und ihren Prozess der Zieldefinition. Klimapolitik ist immer auch Umverteilungspolitik und dabei mehrdimensional. Der Kohlekompromiss zeigte für Arbeitnehmer*innen auch die Schmerzlichkeit der Verabschiedung von gut bezahlter und gewohnter Arbeit. Es fehle an Klimaschutzverträgen, deren Instrumente die Energieversorgung sicherstellen und damit zur Transformation von Arbeitsplätzen beitragen. Klimapolitik müsse auch als Arbeitspolitik verstanden werden. Zentral sei aus Sicht der Gewerkschaften Mitbestimmung, um Betroffenheit in Partizipationskompetenz zu transformieren, von der Ohnmacht in die Zuversicht. Im dritten Input knüpfte Viola Gerlach vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung mit dem Thema Bürgerbeteiligung im Klimaschutz an beiden Vorträgen an. Sie berichtete von ihrer Tätigkeit als Moderatorin und Forscherin, die zunehmend an Umsetzungsarmut litt. Ihre Lösung bestand in der Annäherung an eine unternehmerische Perspektive an der Schnittstelle zur Wissenschaft. Es brauche eine Reflexion, welche Formate eine tiefere Transformation ermöglichten. Beispielsweise brauche es eine andere Kultur in Unternehmen, die Partizipation ernst nehme.

In der Diskussion wurde unter anderem das Verhältnis von Kompensation und Reduktion in der Verwirklichung klimapolitischer Ziele behandelt, hier wurde markiert, dass die Empirie noch sehr dünn sei. Sandra Bohmann erinnerte an die Befunde einer hohen Bereitschaft der ‚willingness to pay‘, doch existierten hierzu nur sehr partikulare, teils außerwissenschaftliche Projektstudien. Malte Harrendorf hielt die Notwendigkeit einer ‚willingness to invest‘ dagegen, die bei staatlichen Akteuren geboten sei. Die soziale Taxonomie sei erst in den Anfängen. In der Diskussion wurden eher narrativ und aus dem Alltagsempfinden Zweifel an der sozial- wie der umweltpolitischen Akzeptanz des Klimagelds und Wünsche nach stärkerer politischer Regulierung geäußert. Bohmann erinnerte dagegen an durchaus solide Befunde der Ariadne-Studie (Wolf et al. 2022), die für eine breite Akzeptanz dieser Maßnahme sprechen. Gerlach

wiederum fokussierte auf die Unternehmensperspektive, sie sucht nach innovativen Unternehmen, die soziale und ökologische Ziele zusammendenken, und wird hier sehr wohl fündig. In die Diskussion eingebracht wurde schließlich ein Audit für klimafreundliche Unternehmen. Gerlach genügt das nicht, sie plädiert für komplexere Lösungen. Harrendorf verweist auf DIN-Normen, die zwar wichtige Kennzahlen markieren, klimafreundliche Aktivitäten oder Lieferkettenprobleme seien darin allerdings nicht abgebildet. Hier wäre eine Orientierung an den SDGs ratsam. Gerlach erinnerte an die Gemeinwohlökonomiekonzepte. Bohmann verwies auf einschlägige Bewertungssysteme für nachhaltige Anlagen, Unternehmen komme eine wesentliche Rolle in der sozialökologischen Transformation zu. Auch auf der Bevölkerungsebene sei überraschend, dass mehr als 80 % mehr Unabhängigkeit vom Wirtschaftswachstum begrüßen. Doch die konkrete Umsetzung sei offen, konkrete Erzählungen, Narrative seien nötig. Harrendorf nannte hierzu Kreislaufstrategien, Regionalisierung und Bioökonomie. Nicole Vetter sah als Moderatorin die Arbeitgeber*innen, die Unternehmen und die Bevölkerung insgesamt als Stakeholder der sozialökologischen Transformation. Gerlach erinnerte hierzu an die Spannung zwischen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. Wissenschaftliche Brücken dieses Gaps seien dünn, denn Umweltbewusstsein ist sozial erwünscht, was herausermittelt werden müsse. In Akzeptanzforschung müsse mehr investiert werden. Gerlach erinnerte an Nutzenkalküle, die akzeptanzsteigernd wirken, wie beispielsweise lokale Teilhabe an Windkraftwerken.

AG 6 Wohnungspolitik und Klimaschutz:

Sozialer Wohnungsbau, Eigentumsförderung, Wohngeld

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Herausforderungen der Klimapolitik für die Wohnungspolitik diskutiert. Claudia Kemfert vom DIW betonte in ihrem Impuls die Klimaziele des Gebäudesektors und die Instrumente, diese zu erreichen: energetische Sanierung, Ausstieg aus den fossilen Heizungen, Umstieg auf Wärmepumpen und Wärmenetze. Dazu müsse es neben Förderungen auch Verpflichtungen geben. Die höheren Kosten müssten aber sozial abgefedert werden. Bei den Mietwohnungen sei eine stärkere Beteiligung der Vermieter*innen an den Wärmekosten sinnvoll, bis hin zu Warmmieten-Modellen wie in Schweden.

Frederik Moch vom Deutschen Gewerkschaftsbund skizzierte die schwierige Ausgangslage aus Klimaanforderungen, der geringen Sanierung des Gebäudebestandes und der Durchsetzung neuer Heiztechnologien, hohen Investitionskosten und der generellen Verschlechterung der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wohnraum vor allem in Ballungsräumen. Das könne die soziale Lage deutlich belasten. Als Lösungswege empfiehlt er klarere und nachhaltige Rahmenbedingungen für die Gebäudesanierung mit abschmelzenden Fördersätzen, Ausbau von Wärmepumpen und Wärmenetze, bessere Arbeitsbedingungen im Handwerk, Mietenregulierungen und mehr öffentlichen Wohnungsbau.

In der anschließenden Diskussion wurden die Förderprogramme diskutiert. Die geringen Anreize von Vermietern könnten durch Warmmieten-Modelle und Ordnungsrecht verbessert werden. Die Rahmenbedingungen der Förderprogramme müssen verbessert und auch vulnerable Gruppen stärker berücksichtigt werden, etwa einkommensschwache Eigentümer oder arme Wohnviertel. Auch Aspekte des Städtebaus und der Siedlungsstrukturen wurden thematisiert, etwa die Ausweisung von Eigenheimgebieten, mangelnde Verdichtung sowie bessere Mobilitätskonzepte. Die Belastungen einkommensschwacher Haushalte müssten durch Sozialleistungen ausgeglichen werden. Beim Wohngeld und auch bei der Grundsicherung solle eine Klimakomponente berücksichtigt werden.

AG 7 Bürgergeld und Klimaschutz

In dieser Arbeitsgruppe wurde die geplante Reform zu einem Bürgergeld als ordnungs- und sozialpolitisches Problem diskutiert. Der erste Input wurde von Birgit Fix vom Deutschen Caritasverband gegeben. Sie begann mit einer Analyse der Berücksichtigung von Energiekosten in der Grundsicherung über die letzten Jahre, die nachweislich (Caritas-ZEW-Studie) zu niedrig angesetzt sind (Heindl und Liessem 2017). Die Bundesregierung hat mit Einmalzahlungen reagiert, die jedoch zeitverzögert und nicht ausreichend greifen. Bemerkenswert ist, dass Energiekosten und Klimawende kein explizites Thema im Bürgergeld des Koalitionsvertrages der Ampel wurden. Fix sah aber auch Anknüpfungspunkte im Koalitionsvertrag, wie das Plädoyer für Teilhabe und jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft. Die Verbesserung der Grundsicherungsleistungen und ganzheitlicher Beratungsangebote hält sie für eine vorrangige Aufgabe der Legislaturperiode. Exemplarisch präsentierte sie das Projekt Stromsparmcheck des Caritasverbandes, das seit 2008 vom BMWK gefördert wird und mittlerweile annähernd 400.000 Haushalte erreichte. Langzeitarbeitslose werden im Projekt als Energieberater qualifiziert. Insgesamt handele es sich um ein Projekt mit hohem Einspareffekt. Sozialpolitik und Klimapolitik werden hier vorzüglich kombiniert. Fix betonte Zielkonflikte und Schnittstellen, so leben Menschen im Grundsicherungsbezug häufig in energetisch schlecht sanierten Wohngebäuden, so dass die Modernisierungsumlage nach Sanierung zu Verdrängung führt. Im zweiten Input präsentierte Michael Opielka vom ISÖ (und der Ernst-Abbe-Hochschule Jena) den Zusammenhang von Bürgergeld und Klimaschutz aus sozialpolitiksystematischer Perspektive, zunächst unter Verzicht auf die Perspektive der Nutzer*innen. Der erste Schritt positionierte das Bürgergeld in den ordnungspolitischen Rahmen von Reformmaßnahmen in Richtung Grundeinkommen und bezog sich dabei auch auf Ergebnisse des Zukunftslabors Schleswig-Holstein. Das Bürgergeld der Ampelkoalition gehört in dieser Sicht zu den konservativen Ordnungsmodellen, die korporatistische Sozialversicherungen mit sozialhilfeartigen Grundsicherungen kombinieren. Wichtig ist dabei, dass der Begriff Bürgergeld viele Jahrzehnte lang für liberale Modelle einer Negativen Einkommensteuer verwendet wurde. Das hat sich nun geändert. Auch Mischformen der vier Grundmodelle (Bürgergeld, Grundeinkommen, Grundsicherung, Grundeinkommensversicherung) sind möglich. Im zweiten Schritt diskutierte er die Niveaufrage der Grundsicherung, die Anrechnung sonstiger Einkommen sowie die Bezüge des neuen Bürgergelds zu Grundrente und Kindergrundsicherung. Die ökologische Dimension des Bürgergelds zeige sich auch in der Frage, welches Konzept von Subsistenzsicherung der Sozialpolitik zugrunde liegt. Der Bezug von Bürgergeld und Klimageld verweist auch darauf, so könnte ein deutlich höheres Klimageld in ein Bürgergeld integriert werden, indem es nur teilweise auf den Regelsatz angerechnet wird. Opielka sprach sich im Interesse von Transparenz und Sichtbarkeit daher klar gegen eine Bedarfsbezogenheit des Klimageldes aus. Abschließend warb er für klimasoziale Bedürfnisse.

In der Diskussion bekräftigte Wolfgang Strengmann-Kuhn als MdB und Wissenschaftler, dass das Klimageld zwar primär keine sozialpolitische, sondern eine klimasteuernde Funktion habe, dennoch aber mit dem Bürgergeld gedacht werden müsse. Der Regelsatz des Bürgergelds wird im Koalitionsvertrag zwar nicht erwähnt, die hohe Preissteigerung legt jedoch eine entsprechende Erhöhung nahe, künftige Anpassungen müssen sich mehr an der aktuellen und erwartbaren Preisentwicklung orientieren. Die Energiekosten sollten eher pauschaliert werden, um Sparanreize zu bieten. In jedem Fall müssen die kompletten Wohnkosten im Bürgergeldbezug übernommen werden. Birgit Fix unterstützte, dass die Caritas Stromkosten und Weiße Ware berücksichtigt sehen will. Weitere Diskutant*innen betonten das Erfordernis der Teilhabeorientierung, den Klimawandel sozial sensibel zu begleiten. Opielka erinnerte die in der Arbeitsgruppe anwesenden Vertreter*innen verschiedener Sozialministerien und weitere Lobbyist*innen daran, dass die

Bedarfsorientierung für Arme allein nicht ausreiche. Die Armutsbevölkerung müsse auch in ihren Befähigungen (capabilities) unterstützt werden. Das Bürgergeld adressiere schon begrifflich alle Bürger*innen. Das Kindergeld sei heute schon eine universalistische, eben nicht bedarfsbezogene Leistung. Birgit Fix sah dies durchaus ähnlich, der Ausbau von Infrastrukturen und andere Investitionen nützten dann allen, Bedarfsorientierung und Universalismus müssten klug kombiniert werden. Eine armutssensible Debatte der Klimapolitik erhöhe insgesamt Legitimität transformativer Politik. Strengmann-Kuhn berichtete aus der Vorbereitung der Kindergrundsicherung, die wie bisher universalistische und bedarfsorientierte Elemente kombiniert. Zudem betonte er, dass die Idee der Negativen Einkommensteuer die sogenannte ‚Untere Mitte‘ insoweit mitdenkt, als Personen auch der unteren Mittelschicht Nutznießer*innen des Bürgergelds sein können. Katharina Bohnenberger fragte in der Diskussion zum einen, ob die Energiekosten im Rahmen einer Bürgergeldreform nicht monetär, sondern in anderen Größen (z. B. kWh) pauschal garantiert werden könnten, zum anderen, inwieweit klimapolitische Reformen eine spezifische sozialpolitische Kultur erfordern. Opielka betonte, dass universalistische Systeme nachweislich ein höheres Maß an Grundsicherheit erzeugen und damit zu einer positiveren Interpretation von Krisen beitragen. Fix sah, dass die sozialpolitische Entwicklung in Richtung des von Opielka vertretenen Programmes gehe, man müsse aber Geduld haben. Abschließend wurden Forderungen an die Wissenschaft zur Klima- und Sozialpolitik erörtert. Opielka erinnerte daran, dass im EU-Vergleich in einigen Ländern die armutsnahe Bevölkerung deutlich niedriger mit Stromkosten belastet wird, was an intelligenten Pauschalierungen in den regulierten Tarifen liegt. Zudem stehen günstige und ökologische Wohnungen aufgrund der langjährigen Vernachlässigung des Sozialwohnungsbestandes für diese Bevölkerung immer weniger zur Verfügung. Der EU-Vergleich zeige, dass in Ländern wie Griechenland eine deutlich höhere Wohneigentumsquote den Druck auf die Grundsicherungssysteme verringert und zugleich die Gestaltungsoptionen zum Energiesparen erhöht. Im Fazit der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass universalistische Systeme, mit bedarfsorientierten Leistungen on top, das Problem der verdeckten Armut besser angehen. Das Bundesfinanzministerium ist derzeit beauftragt, einen Auszahlungsmechanismus für universelle Leistungen einzurichten. Er soll die Auszahlung der Energiepauschale und später des Energiegeldes übernehmen, hat aber strukturelle Bedeutung für eine transformative Politik.

AG 8 (Elektro-)Mobilität und Sozialpolitik

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Rolle der Mobilität und die Förderung der Elektromobilität in sozial- und technologiepolitischer Perspektive diskutiert. Michael Müller-Görnert vom Verkehrsclub VCD thematisiert zunächst grundsätzliche Zusammenhänge von Mobilität und Sozialpolitik. Menschen mit geringen Einkommen haben weniger Pkws und sind weniger mobil, lösen also geringere externe Kosten aus, leiden zugleich stärker unter den Umweltbelastungen. Dazu wird eine Mobilitätsgarantie gefordert, die günstige Angebote des Umweltverbundes für alle schafft. Finanziert werden sollte dies durch den Abbau von umweltschädlichen Subventionen des Verkehrs. Die E-Auto-Kaufprämie sollte nur noch für Nullemissionsfahrzeuge gelten, auch gebrauchte Fahrzeuge sollen gefördert werden. Johannes Schmitz von der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur stellt die Herausforderungen für den Ausbau der Schnelllade-Infrastruktur vor, um die Mittel- und Langstreckenmobilität mit Elektrofahrzeugen zu gewährleisten. Ein breiter und preiswerter Zugang soll in den nächsten Jahren erreicht werden. Gefördert werden Errichtung und Betrieb von mindestens 1.000 Schnelllade-Standorten. Dr. Aleksandar Zaklan vom DIW stellt erste Ergebnisse einer Studie zur Wirksamkeit der Förderung von Elektromobilität vor. Diese wird im Wesentlichen über eine Kaufprämie gefördert. Die kausalen Wirkungen der Förderung werden mit einem Differenz-von-Differenzen-Ansatz auf Grundlage von regionalen und

fahrzeugspezifischen Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes durchgeführt. Die Kaufprämie verändert die Zusammensetzung der deutschen Pkw-Flotte zugunsten von Elektrofahrzeugen, sie ist getrieben durch Firmenwagen, die Pkw-Flotte nimmt insgesamt nicht zu. Verteilungswirkungen wurden noch nicht analysiert.

In der Diskussion wurde die Zugänglichkeit für Menschen mit Einschränkungen angesprochen, vor allem im Personennahverkehr. Weitere Formen der Elektromobilität wurden diskutiert (Fahrräder, Roller, Busse), auch im Bereich des Wirtschaftsverkehrs. Angesprochen wurden ferner Gender-Aspekte, interdisziplinärer Diskurs und Datenanforderungen.

Zusammenfassung und Auftrag

Moderiert durch Frank Nullmeier vom DIFIS berichteten die Moderator*innen der acht Arbeitsgruppen komprimiert die Diskussionen und Ergebnisse. Für die Schlussdiskussion lobte er das Format einer Dreifachkombination aus Wissenschaft, Politik und Verbänden im Workshop. Inhaltlich sah er im Workshop die Begegnung von Klima- und Sozialpolitik bisher eher außerhalb der klassischen Struktur der deutschen Sozialversicherungen. Nullmeier erinnerte an den Auftrag aus dem Einführungsvortrag von Michael Opielka zur politischen Interdisziplinarität der beiden Politikfelder, was nicht leicht zu realisieren sei. Monika Többe-Schukalla fragte nach dem internationalen Vergleich zum Verhältnis von Klima- und Sozialpolitik. Wolfgang Strengmann-Kuhn zeigte sich vom Format begeistert, doch bemängelte, dass keine weiteren Parlamentarier*innen außer ihm vertreten waren. Bei den Sozialversicherungen sah er die Arbeitslosenversicherung stark im Workshopthema involviert. Schließlich zeige die EU-Ebene zunehmend über Europäischem Sozialfonds und Green Deal die Themenrelevanz. Jürgen Schupp erinnerte an den Hinweis von Stefan Bach, dass in den 1990er Jahren bereits in der Rentenfinanzierung ein systematischer Bezug zur Umweltpolitik hergestellt wurde. Auch die Tendenz zu stärker universalistischen Sozialsystemen sei unübersehbar. Katharina Zimmermann fand das Format sehr inspirierend und griff den Gedanken der kulturellen Dimension aus dem Eingangsvortrag von Michael Opielka auf. Hier sieht sie erheblichen Forschungsbedarf in Verbindung mit den Akzeptanzfragen. Die international vergleichende Dimension wird im Forschungsbericht von Katharina Bohnenberger berücksichtigt, auch die ESPAnet Conference in Wien im Jahr 2022 hat vier Streams zum Themenfeld.

Abschließend dankte Michael Opielka den Organisator*innen und fasste seine Sicht auf den Workshop in drei Bemerkungen zusammen. Zum einen zeigte die Diskussion, dass die Erwerbsarbeitszentrierung und damit die daran anknüpfenden Sozialversicherungen in Richtung Universalismus bewegt werden. Zweitens sollte die sozialpolitische Wirkung anderer Regulierungen stärker berücksichtigt werden, beispielsweise von Stromtarifen mit Basissicherung oder kostenfreiem ÖPNV. Drittens müsse der Resilienz-Sockel des Sozialstaats angehoben und stabilisiert werden. Frank Nullmeier bekräftigte die schleichende Transformation und Konvergenz der großen sozialpolitischen Strukturprinzipien gerade angesichts der Klimaherausforderungen.

6 Wissenschaftliche Folgerungen

Der Workshop *Klima-/Umweltpolitik und Sozialpolitik* diskutierte eine Reihe von konkreten Politikfeldern und Konzepten, die in den Arbeitsgruppen- und Plenarberichten aufgeführt sind. Darüber hinaus legte er zwei grundlegende Folgerungen nahe:

1. Multi-Stakeholder-Vernetzung und
2. Inter-/Transdisziplinarität

Die im Workshop angestrebte Multi-Stakeholder-Vernetzung von Wissenschaft, Politik und Verbänden zu zwei Politikfeldern erwies sich als zukunftsweisend, allerdings auch als komplex. So war es zwar vielfach gelungen, Vertreter*innen der Exekutive, in der Regel Ministerien, zu gewinnen, nicht jedoch der Legislative, beispielsweise Parlamentarier*innen. Die inhaltliche Vorgabe, bei den drei Stakeholdergruppen jeweils Akteure zu identifizieren, die selbst einen möglichst erfahrungsgesättigten Hintergrund auch im jeweils anderen Politikfeld mitbringen, konnte nicht durchweg erfüllt werden. Außer in den Stabsfunktionen von Staatskanzleien und Bundeskanzleramt ist der politikfeldübergreifende Blick noch nicht selbstverständlich. Hinzu kommt, dass beide Politikfelder selbst nicht zu eng gefasst werden dürfen. So gehört zu den Verteilungswirkungen der Sozialpolitik eine Analyse der Finanzpolitik und darf die Klimapolitik nicht ohne Analyse weiterer umweltpolitischer Gebiete wie Biodiversitätspolitik gedacht werden.

Folgerungen für die Forderung nach mehr Inter-/Transdisziplinarität sind einerseits die Notwendigkeit kompetenter Themenidentifikation, beispielsweise nach den sozialpolitischen Dimensionen der Wohnungs- oder Mobilitätspolitik, andererseits sowohl für Forschung wie für Politik das Erfordernis, Kategoriendifferenzen (Technik, Geld, Einstellungen) zu kennen und überwinden zu können. Beide Politik- und Forschungsfelder – Sozialpolitik und Klimapolitik – haben selbst einen inter- und transdisziplinären Charakter, was ihre Vernetzung auch disziplinär nicht einfach macht.

Literatur

- Andre, Peter, Teodora Boneva, Felix Chopra und Armin Falk. 2021. Fighting Climate Change: The Role of Norms, Preferences, and Moral Values. IZA DP No. 14518. Bonn.
- Bach, Stefan, Holger Bär, Katharina Bohnenberger, Sebastian Dullien, Claudia Kemfert, Miriam Rehm, Katja Rietzler, Matthias Runkel, Sophie Schmalz, Silke Tober und Achim Truger. 2020. Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise: Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Politikberatung kompakt 152. Berlin: DIW.
- Bach, Stefan, Hermann Buslei, Michelle Harnisch und Niklas Isaak. 2019. Ökosteuer-Einnahmen sorgen noch heute für niedrigere Rentenbeiträge und höhere Renten. *DIW Wochenbericht* 13/2019: 223–231.
- Bach, Stefan und Michael Opielka. 2022. Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben. Expertise Nr. 028/IAG. Inhaltliches und organisatorisches Konzept für einen Workshop. Berlin und Siegburg: DIW/ISÖ.
- Bach, Stefan und Jakob Knautz. 2022. Hohe Energiepreise: Ärmere Haushalte werden trotz Entlastungspaketen stärker belastet als reichere Haushalte. *DIW Wochenbericht* 17/2022: 243–251.
- Beermann, Ann-Cathrin, Hannah Förster, Katja Hünecke, Isabel Schrems und Katja Schumacher. 2021. Verteilungswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels. Forschungsbericht 582. Berlin: BMAS.
- BMWSB. 2022. Pressemitteilung: Fairness bei den CO₂-Kosten. BMWSB, BMWK und BMJ einigen sich auf gerechte Verteilung des CO₂-Preises zwischen Vermietern und Mietern. <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BMWSB/DE/2022/04/co2-preis.html>. Zugegriffen: 10. Februar 2023.
- Bohnenberger, Katharina. 2022. Klimasozialpolitik. Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. DIFIS Studie 2022/3. Duisburg und Bremen: DIFIS.
- Destatis, WZB und BiB (Hrsg.). 2021. *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: bpb.
- Die Armutskonferenz, Attac und BEIGEWUM (Hrsg.). 2021. *Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*. Wien: bahoe books.
- DIW Berlin. 2019. Pressemitteilung: 20 Jahre Ökosteuer: finanz- und sozialpolitisch top, umweltpolitisch ein Flop. https://www.diw.de/de/diw_01.c.617690.de/20_jahre_oekosteuer_finanz...mweltpolitisch_ein_flop.html. Zugegriffen: 10. Februar 2023.
- Dörre, Klaus. 2022. *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*. 2. Aufl. Berlin: Matthes & Seitz.

- Essletzbichler, Jürgen, Xenia Miklin und Hans Volmary. 2022. Soziale und räumliche Ungleichheit. Kapitel 17 für APCC Special Report „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“. Manuskript.
- Färber, Gisela und Joachim Wieland. 2022. *Rechtliche und verwaltungsorganisatorische Möglichkeiten der Umsetzung einer Klimaprämie*. Speyer: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften.
- Heindl, Peter und Verena Liessem. 2017. Wen treffen Stromsperrern am ehesten? *Neue Caritas* 21/7: 19–21.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). 2022. *Sozialatlas 2022. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält*. Berlin: HBS.
- Heuser, Uwe Jean. 2022. Ideen gegen die Ungleichheit. In: DIE ZEIT, Nr. 4 v. 24. Januar 2022, 21.
- Kuran, Timur und Cass R. Sunstein. 1999. Availability Cascades and Risk Regulation. *Stanford Law Review* 51/4: 683–768.
- Muehlegger, Erich und David S. Rapson. 2018. Subsidizing mass adoption of electric vehicles: Quasi-experimental evidence from California. Nr. w25359. National Bureau of Economic Research.
- Nabernegg, Stefan. 2021. Emissionen hin oder her: Wer stößt sie aus und wie viel ist zu viel? In *Klimasoziale Politik*, Hrsg. Die Armutskonferenz, Attac und BEIGEWUM, 41–56, Wien: bahu books.
- Opielka, Michael (Hrsg.). 1985. *Die öko-soziale Frage. Alternativen zum Sozialstaat*. Frankfurt: Fischer.
- Opielka, Michael. 2008. *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*. 2. Aufl. Reinbek: Rowohlt.
- Opielka, Michael. 2017. *Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg in die Internalisierungsgesellschaft*. München: oekom.
- Opielka, Michael. 2022. The Concept of Social Sustainability and its Challenges for the Sociology of Social Policy. *sozialpolitik.ch* 1, Forum 1.3.
- Opielka, Michael. 2023. *Soziales Klima. Der Konflikt um die Nachhaltigkeit des Sozialen*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Opielka, Michael und Ortwin Renn (Hrsg.). 2017. Symposium: Soziale Nachhaltigkeit. Beiträge für das „Symposium: Soziale Nachhaltigkeit“ am 2.11.2017, Potsdam (IASS). (ISÖ-Text 2017-4). Norderstedt: BoD.
- Opielka, Michael und Wolfgang Strengmann-Kuhn. 2022. Bürgergeld und die Zukunft des Sozialstaats. *Wirtschaftsdienst* 102/2: 95–99.

- Remmy, Kevin. 2020. Subsidy design when firms can adjust product attributes: The case of electric vehicles. CRC TR 224 Discussion Paper Series from University of Bonn and University of Mannheim, Germany.
- Schneider, Ulrike, Anita Susani und Tommaso Gimelli. 2022. Sozialstaat und Klimawandel. Kapitel 18 für APCC Special Report „Strukturen für ein klimafreundliches Leben“. Manuskript.
- Shiller, Robert J. 2020. *Narrative Wirtschaft. Wie Geschichten die Wirtschaft beeinflussen – ein revolutionärer Denkansatz*. 2. Aufl. Kulmbach: Plassen.
- SPD, Grüne und FDP. 2021. Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP) vom 24. November 2021, Berlin.
- Springel, Katalin. 2021. Network externality and subsidy structure in two-sided markets: Evidence from electric vehicle incentives. *American Economic Journal: Economic Policy* 13/4: 393–432.
- Stede, Jan, Stefan Bach, Roland Ismer, Klaus Meßerschmidt und Karsten Neuhoff. 2020. Optionen zur Auszahlung einer Pro-Kopf-Klimaprämie für einen sozialverträglichen CO₂-Preis. *Politikberatung kompakt* 155. Berlin: DIW.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. 2011. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. Berlin.
- Wolf, Ingo, Jean-Henri Huttarsch, Anne-Kathrin Fischer und Benita Ebersbach. 2022. Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2022. <https://ariadneprojekt.de/publikation/soziales-nachhaltigkeitsbarometer-2022/>. Zugegriffen: 13. Februar 2023.
- Zimmermann, Katharina und Paolo Graziano. 2020. Mapping Different Worlds of Eco-Welfare States. *Sustainability* 12/5: 1–20.

Über die Autoren

Dr. Stefan Bach ist Mitarbeiter der Abteilung Staat im DIW Berlin. Seine Forschungs- und Beratungsschwerpunkte sind empirische Finanzwissenschaft, insbesondere Besteuerung, Sozialpolitik, Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die Entwicklung von Mikrosimulationsmodellen zur Besteuerung und zur Sozialpolitik. In den letzten Jahren führte er verschiedene Projekte zu den Aufkommens- und Verteilungswirkungen der Energiepreise sowie der CO₂-Bepreisung durch.

Prof. Dr. Michael Opielka ist Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des ISÖ - Institut für Sozialökologie gGmbH in Siegburg und seit 2000 Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. 2012 bis 2016 leitete er zudem das IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin. 2015 Gastprofessor für Soziale Nachhaltigkeit an der Universität Leipzig. Visiting Scholar UC Berkeley (1990–1991, 2005–2006). Promotion (HU Berlin 1996) und Habilitation (Univ. Hamburg 2008) in Soziologie. Seine Forschungsschwerpunkte sind Soziale Nachhaltigkeit, Sozialpolitik, soziale Digitalisierung, Religionssoziologie und Sozialtheorie.

Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)

Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg

Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik,

Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: www.difis.org

Twitter: [difis_org](https://twitter.com/difis_org)

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, März 2023

Inhaltliche Betreuung: Dr. Nicole Vetter

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali